

Zum Artikel „Papst-Appell zur Ukraine stößt auf Kritik“ vom 11. März:

Mit anderem Blick

Franziskus wurde bei seiner Wahl zum Papst von den wahlberechtigten Kardinälen der katholischen Kirche aus der ganzen Welt gewählt. Dabei kommt der zunehmend größere Teil der fast 1,4 Milliarden katholischen Kirchenmitglieder aus den Ländern auf der südlichen Halbkugel der Erde. Dies ist auch der prosperierende Teil der katholischen Kirche.

Papst Franziskus selbst kommt auch aus dieser Region unserer Welt, aus Argentinien. Die dort lebenden Menschen, nicht allein die Katholiken unter ihnen, haben einen anderen Blickwinkel auf unsere Welt und die Herausforderungen an die Menschheit auf dieser Erde. Dies hat Papst Franziskus mit seinem Appell zur Ukraine zum Ausdruck gebracht. Das Entsetzen darüber bei uns unterstreicht, dass wir hier noch gar nicht realisiert haben, dass Europa nicht mehr das bestimmende Zentrum der Welt sein wird.

WALTER METAG, BREMEN

Kriegsgefahr wächst

Nach UN-Generalsekretär Antonio Guterres wird nun die zweite, bisher international geachtete Persönlichkeit öffentlich infrage gestellt und abgewertet. Der medial-politische Aufschrei gegen den Appell zu Friedensverhandlungen von Papst Franziskus macht mich fassungslos. Auch diese Initiative wird wie zuvor die afrikanische oder chinesische nicht ernst genommen. Ganz bitter ist die vertane Chance einer Verhandlungslösung zwischen der Ukraine und Russland im März 2022. Ich erinnere an die Intervention des Westens in der Person Boris Johnsons, die den Verhandlungsabbruch verschuldet hat. Wie viele Tote, wie viel Leid und Zerstörung hätte man verhindern können.

Was denken sich eigentlich Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Norbert Röttgen und Anton Hofreiter dabei, über die Lieferung oder den Ringtausch immer gefährlicherer Waffensysteme wie Taurus einen Sieg der Ukraine herbei zu fantasieren? Den wird es selbst nach Einschätzung hochrangiger Militärs nicht geben. Im Gegenteil: Damit rückt die Gefahr eines Dritten Weltkrieges immer näher.

ANNE BIERMANN-ASSELN, BREMEN

Verhandlungen verboten

Das Interview von Papst Franziskus ist etwas verwirrend. Aber er hat auch Friedensaufrufe damit gemeint. Unter anderem, dass er den Satz sagt: „Schämen Sie sich nicht, zu verhandeln, bevor es noch schlimmer wird.“ Denn zu verhandeln ist immer noch besser, als die Waffen sprechen zu lassen. Es sterben auf beiden Seiten Tausende von Menschen, das kann doch nicht der Sinn der Sache sein. Selenskyj – in meinen Augen ein guter Schauspieler, aber ein schlechter Politiker – hat im Oktober 2022 per Dekret verboten, mit Putin über Frieden zu reden. Wissen das Politiker in der EU und der Nato nicht? Und darum ist es auch richtig, dass Bundeskanzler Scholz die Lieferung von Taurus verweigert. EU und Nato sollen sich langsam überlegen, wie lange sie dieses sinnlose Morden noch fördern wollen. Putin nicht ausgrenzen, sondern mit ihm reden.

DIETER CZENDLOWSKI, BREMEN

Der höchste Wert

Der Papst hat sich aus meiner Sicht im Interview über die weiße Fahne missverständlich geäußert, jedoch in Wahrheit ging es ihm um eine in der Politik viel zu wenig beachtete Botschaft: Verhandelt bald, um so noch Schlimmeres zu verhindern! Schlimmstenfalls wird Russland bei Verlust der Krim mit ziemlicher Sicherheit auf den Einsatz von taktischen Atomwaffen als letztes Mittel zurückgreifen.

Glaut man dem Westen, dass Werte verteidigt werden, dann sollten wir im Westen genauer zuhören, wenn der Papst vom höchsten Wert spricht: Er stellt menschliches Leben in seiner Botschaft, noch Schlimmeres verhindern zu wollen, bei den un-



Gläubige bringen im März 2022 eine Regenbogenfahne als Friedenszeichen mit auf den Petersplatz: Bereits damals bezog der Papst Stellung zum Ukraine-Krieg. Seine jetzige Mahnung hat gemischte Reaktionen ausgelöst. FOTO: BORGIA/DPA

erträglichen Leiden in dem brutalen, nicht gerechtfertigten Angriffskrieg in den Mittelpunkt. Dabei geht es ihm um friedliches Verhandeln, ohne zu kapitulieren.

In dem Zusammenhang möchte ich gern auf die Petition „Unterstützen Sie den Friedensaufruf, da wir eine friedensgeleitete Außenpolitik brauchen!“ im Internet verweisen, bei der das menschliche Leben als höchster Wert im Mittelpunkt steht.

BURKHARD PHILIPPUS, BREMEN

Es gab eine Friedenslösung

Warum kann ein Appell des Papstes zu einem Waffenstillstand nicht einfach einmal stehengelassen werden? Friedrich Merz ist selbstverständlich aus reiner Menschenliebe für die Lieferung der Taurus-Marschflugkörper an die Ukraine, so wie Waffenlieferungen schon lange zum „christlichen Menschenbild“ der CDU gehören. Katrin Göring-Eckardt gibt kund, dass sie auch für Frieden sei, dass eine Kapitulation der Ukraine jedoch deren „Auslöschung“ gleichkomme. Was wir da hören, ist nichts anderes als ständige Nato-Propaganda auf allen Kanälen.

Es gab laut Wall Street Journal schon im April 2022 den Entwurf eines Friedensabkommens zwischen Russland und der Ukraine, und Wolodymyr Selenskyj durfte auf Druck der Nato nicht unterzeichnen. Demnach hätte die Ukraine nicht der Nato beitreten dürfen, und der Krieg wäre vorbei gewesen. Die Ukraine hätte es entgegen den Verschwörungstheoretikern weiterhin gegeben, nur nicht so kaputt.

ULRICH WÄCHTER, BREMEN

Ausdruck von Realitätssinn

Papst Franziskus hat angesichts Zehntausender Toter und der Schwierigkeit der ukrainischen Armee, mit militärischen Mitteln den Krieg zu gewinnen, zur Aufnahme diplomatischer Verhandlungen aufgefordert, um weitere Tote, Not und Zerstörung zu verhindern. „Wenn man sieht, dass es nicht gut läuft, so muss man den Mut haben, zu verhandeln.“ Annalena Baerbock verurteilt den Papst für seinen humanen von Realitätssinn geleiteten Vorschlag und setzt auf eine militärische Lösung. Obwohl nach zwei Jahren

Stellungskrieg beide Seiten verbluten, werden jene, die zur diplomatischen Lösung drängen, als Kapitulant diffamiert. Wieder gibt es eine Treibjagd einer Koalition aus Grünen, der Waffenlobbyistin Strack-Zimmermann und politischen Kommentatoren auf den besonnen agierenden Kanzler Scholz, damit er weitere, noch gefährlichere Waffen liefert.

Nachdem der „Leopard 2“ keine Wende brachte, sollen Taurus-Raketen die neue V2-Wunderwaffe sein. Papst, Regierungen des globalen Südens und Sachsens Ministerpräsident Kretschmar werden voller Arroganz als politisch unbedarft träumer abgestempelt. Es entsteht der Eindruck, man würde am liebsten den Papst exkommunizieren. Nicht jene, die mit immer mehr Waffen den Sieg herbeiträumen, sind die Freunde des ukrainischen Volkes, sondern Menschen wie der Papst, die sagen: „Verhandeln ist kein Zeichen von Kapitulation, sondern Ausdruck von Realitätssinn und Verantwortung.“

PEJMAN MOHSENI, HAGEN IM BREMISCHEN

Zum Artikel „Sexkaufverbot ist der falsche Weg“ vom 6. März:

Senkt die Nachfrage

Das Kernargument der Linken gegen das Nordische Modell besteht in der Behauptung, dass ein Sexkaufverbot die Nachfrage nach käuflichem Sex nicht nachhaltig eindämme und die Prostitution in der Folge dann an „entlegenen Orten“ ausgeübt werde – mit noch weniger Schutz für die Frauen. Es ist allerdings so, dass ein Sexkaufverbot selbstverständlich die Nachfrage nach käuflichem Sex eindämmt, gerade auch nachhaltig! Das zeigen Untersuchungen in Ländern, in denen das Verbot bereits seit etlichen Jahren gilt. Wo sich Freier strafbar machen, wenn sie Sex kaufen, wird die Nachfrage selbstverständlich zurückgehen!

Deshalb ist das Nordische Modell, wie es dankenswerterweise auch unsere Bürgerchaftspräsidentin Antje Grotheer vorschlägt, das beste Mittel gegen Menschenhandel, Zwangs- und Armutsprostitution. Und die befürchteten „entlegenen Orte“, in die die Prostitution dann verdrängt werde, sind bereits hier und heute in den vielen Modellwohnungen und dem Straßenstrich bittere Realität.

Nebenbei bemerkt: Die Bremer Linke fordert statt eines Sexkaufverbots „regelmäßige Kontrollen der Prostitutionsstätten“, um Zuhältere einzudämmen. Abgesehen davon, dass leider auch Kontrollen kein realistisches Mittel sind, um Abhängigkeitsverhältnisse in der Prostitution wirksam entgegenzutreten, hat das von den Linken geführte, zuständige Wirtschaftsressort im letzten Jahr eine einzige Kontrolle in der Helenenstraße durchgeführt.

GRYTA BERSZINN, BREMEN

Breites Bündnis bilden

Nicht die Sexarbeit selbst sei die Wurzel von Ausbeutung, sondern die prekären Lebensbedingungen seien es, ist eine zentrale Aussage im Positionspapier der Linken. Dem widerspreche ich vehement: Prostitution beruht auf geschlechtsspezifischer Ungleichheit. Die Körper von Frauen sollen käuflich verfügbar sein, um das Bedürfnis von Männern nach Sex zu befriedigen. Studien bele-

gen, dass Prostituierte in einem hohen Maß psychologischer, körperlicher und sexueller Gewalt ausgesetzt sind.

Als Expertin in Fragen der Frauengesundheit schockiert mich besonders, dass schwerwiegende posttraumatische Belastungsstörungen, chronische Erkrankungen der Geschlechtsorgane, schwere Verletzungen benachbarter innerer Organe und eine stark verkürzte Lebenserwartung Folgen der Prostitution sind.

Im EU-Parlament haben 2023 fast alle SPD-Abgeordneten und die meisten Abgeordneten der Linken einen Bericht über die Regulierung der Prostitution in der EU zugestimmt. Prostituierte Personen sollen entkriminalisiert und unterstützt, Ausstiegshilfe gefördert, Profitierende bestraft und die Nachfrage nach Prostitution reduziert werden. Die Bundesregierung hat eine Auswertung des Prostitutionsgesetzes in Auftrag gegeben, die 2025 vorliegen soll. Wir sollten die Zeit nutzen, um auch in Bremen ein breites parteiübergreifendes Bündnis für ein Sexkaufverbot zu bilden. Antje Grotheer hat einen wichtigen Schritt dahin getan. Machen wir weiter und setzen uns damit für Frauenrechte ein.

ANTJE KEHRBACH, BREMEN

Bei Noichl nachlesen

Der Artikel hat mich sehr irritiert. Auf einer halben Seite werden die Argumente der Linken zu diesem Thema dargestellt. Kein einziges Argument für das Nordische Modell – Freier, Zuhälter und so weiter werden bestraft, den Prostituierten wird geholfen – findet sich. Dabei gibt es durchaus viele. Nur auf einen Aspekt möchte ich eingehen.

Die Linken sprechen von Sexarbeitenden. Ist das naiv oder schlicht bequem, hier nicht genau hinzuschauen? Diese Bezeichnung wird der Realität nicht gerecht. In Deutschland sind circa 250.000 Frauen unter menschenunwürdigen Bedingungen in einem System aus Zwangsprostitution gefangen. Je mehr man zu diesem Thema recherchiert, desto unerträglicher wird es, dass mitten in Deutschland so viele Frauen solches Leid ertragen müssen.

Dieses Leid gilt es zu verringern, und das geht nur, wenn es gesellschaftlich anerkannt ist, dass das Benutzen von Frauen, das Degradieren der Frau zur Ware, als das benannt wird, was es ist – eine Straftat, die gegen die Menschenwürde verstößt. Mit dem Nordischen Modell lässt sich nicht die komplette Prostitution abschaffen, aber sicher stark verringern. Wer selbst recherchieren möchte, dem empfehle ich zum Beispiel die Stellungnahme der SPD-Europaausgeordneten Maria Noichl zum Thema Sexkauf.

MEIKE HAGER-BEHR, ACHIM

Keine Arbeit wie andere

Mehr Schutz für Sexarbeitende: Die Wahl führt bereits in die Irre. Prostitution ist keine Arbeit wie jede andere. Wäre sie das, bräuchten die dort tätigen Frauen nicht mehr Schutz als andere Arbeitnehmerinnen. Würden sie diese „Arbeit“ nicht machen wollen, könnten sie sich auch eine andere suchen. Wir alle wissen, dass es so in den meisten Fällen nicht ist. Mehr Schutz – wovon denn? Vor den Zuhältern und vor den Freiern!

Was erlaubt ist, kann man doch machen. Als würde nicht der Großteil der Frauen aus einer absoluten Notlage heraus und unter

Zwang diese Tätigkeit ausüben. Neben allen erdenklichen Ausstiegs- und Hilfsangeboten brauchen wir eben doch ein Sexkaufverbot. So sehen es immerhin auch andere Mitglieder, Funktionsträgerinnen und Funktionsträger und Gliederungen der Linken (Linke gegen Prostitution). Sie betrachten Prostitution als Ausdruck patriarchalischer Gewalt- und Herrschaftsverhältnisse und fordern, dass die Linke sich unmissverständlich die Überwindung der Prostitution zum Ziel macht. „Eine Gesellschaft, die Freiertum akzeptiert, ist eine Gesellschaft, die Gewalt gegen Frauen akzeptiert“, so die ehemalige Prostituierte Huschke Mau.

IRMI BLEKKER, BREMEN

Zum Artikel „Wo Klotzen Programm ist“ vom 2. März:

Obergrenze einführen

Seit Jahren frage ich mich, wer auf die Idee kam, die Intendanten mit solch hohen Gehältern auszustatten. Genauso lange plädiere ich für eine Obergrenze von 200.000 Euro, was ich je nach Gelegenheit auch vermittele, zuletzt beim Tag der offenen Tür von Radio Bremen gegenüber dem dortigen Personalverantwortlichen. Adressaten für diese Angelegenheit sind wohl die Verwaltungsräte.

bleibt zu hoffen, dass einige Ministerpräsidenten ihre angekündigte Nicht-Zustimmung zur Beitragserhöhung wahr machen und über diesen Umweg eine Änderung der Gehaltsstrukturen angestoßen wird. Damit könnte etwas Geld frei werden für steigende Kosten im laufenden Betrieb. Ich bin überzeugte Konsumentin des linearen Fernsehens der Öffentlich-Rechtlichen, suche akribisch in den Programmen und finde dabei durchaus Sendungen, die sich für ein weiteres Gucken lohnen. In diesem Zusammenhang ist mir eine hinreichende finanzielle Ausstattung für solche Beiträge, bei denen investigativer Journalismus zum Einsatz kommen muss, ein großes Anliegen.

AGATHE SEILER, BREMEN

Meine Hoffnung

Wenn der Bürger über ein digitales Portal entscheiden könnte, welcher öffentlich rechtliche Sender seine unsoziale Kopfsteuer namens Rundfunkgebühr bekommt, und allein in Bremen würden drei Sendeanstalten um die Gunst der Zuhörer buhlen, dann hätte man zu einem gewissen Maß Marktwirtschaft im Bereich der öffentlich-rechtlichen Meinungsbeschallung. Die Konkurrenz würde der Qualität guttun, und die kritische Berichterstattung über regionale Themen würde sich hoffentlich verbessern.

Die Lizenzpreise für vermeintlich wichtige Großveranstaltungen wie zum Beispiel die Fußballbundesliga würden sinken, was anderen Sportarten wie Handball, Basketball oder Tischtennis guttun würde. Gleichzeitig würde es mehr Meinungsvielfalt bringen und mehr Vielfalt bei den Rundfunkräten, die aufgrund der Verschiedenheit ihrer Persönlichkeiten hoffentlich mehr Meinungs- und Medienvielfalt vorantreiben würden.

Meine Hoffnung: Unserer heutigen, überregulierten Pseudo-Demokratie würde mehr Konkurrenz im öffentlich-rechtlichen Medienbereich guttun, weil dann vielleicht wenigstens ab und zu auch überflüssige Bürokratie, überflüssiger Verwaltungswildwuchs und überflüssige Gesetze und Verordnungen hinterfragt werden würden.

DIETER PORTH, BREMEN

Zum Artikel „Corona-Impfung in Bremen gesucht“ vom 8. März:

Suchen wie ein Detektiv

Als ich im Dezember 2023 meinen Corona-Impfschutz auffrischen wollte, stand auch ich ganz ratlos da. Weder gab es feste Impfstellen, noch impfte mein Hausarzt gegen Corona, und sein Vertretungsarzt nahm wie andere Ärzte nur eigene Patienten. Meine Krankenkasse riet mir, die Kassenärztliche Vereinigung um Rat zu fragen, doch kam ich dort noch nicht einmal telefonisch durch. Als letzte Möglichkeit fiel mir glücklicherweise meine Stamm-Apotheke in Hastedt ein. Dort bekam ich den Tipp, eine Apotheke in Arbergen böte jeden Monat einen Impftermin an. So wurde ich innerhalb einer Woche geimpft. Ich bin den Mitarbeiterinnen der beiden Apotheken wirklich sehr dankbar. Doch in einer Großstadt wie Bremen erwarte ich, dass ich nicht erst detektivisch in Aktion treten muss, um eine Corona-Impfauffrischung zu bekommen.

ELISABETH GRAF, BREMEN

Lesebriefe sind keine Meinungsäußerung der Redaktion. Die Redaktion behält sich Auswahl und Kürzungen vor. Anonyme Briefe werden nicht veröffentlicht. Postadresse und Telefonnummer nicht vergessen, auch bei E-Mails.

REDAKTION LESERMEINUNG
Anschrift: Bremer Tageszeitungen AG
Lesermeinung • 28189 Bremen
Mail: lesermeinung@weser-kurier.de



Die Helenenstraße, ein Ziel von Freiern. Nach dem Nordischen Modell, über das in Bremen kontrovers diskutiert wird, wäre es verboten, Sex zu kaufen. FOTO: FRANK THOMAS KOCH